BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
21. Wahlperiode

Drucksache 21/
03.11.2026

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU

Servicewüste Bremen – auch gegenüber der eigenen Verwaltung?

Nicht nur die Bürger erleben tagtäglich, dass ihre Verwaltung bei wichtigen Dienstleistungen an ihre Grenzen kommt. Auch innerhalb der Verwaltung häufen sich die Beschwerden. Das vom Senat angestrebte Ziel einer Zentralisierung standardisierbarer Aufgaben, die in allen Ressorts anfallen, hat daher jüngst einen Dämpfer erhalten. In einer modernen Verwaltung und gerade in Zeiten des Fachkräftemangels müssen alle Effizienzpotenziale gehoben werden und muss vernetztes, vertrauensvolles und kooperatives Arbeiten zwischen verschiedenen Dienststellen selbstverständlich sein.

Hierfür muss die politische Führungsspitze die Voraussetzungen schaffen. Sie muss behörden- und ressortübergreifende Zusammenarbeit vorleben und einfordern. Sie muss ein offenes Ohr für die Probleme ihres Managements und ihrer Beschäftigten haben. Sie muss flache Hierarchien leben, die es verhindern, dass Probleme entlang der Behördenleiter zur politischen Ressortspitze „weggefiltert“ werden. Und sie darf nicht ruhen, bevor funktionierende interne Abläufe und effiziente Arbeitsprozesse allerorten Normalität sind.

Seit ihrer Gründung im Jahr 2000 soll die Performa Nord die internen Dienstleistungen für die bremische Verwaltung bündeln und zentralisieren. Dem lag die Einsicht zugrunde, dass es wirtschaftlicher ist, in allen Dienststellen relevante Aufgaben wie Personalsachbearbeitung, Arbeitsschutz und Postdienste einheitlich zu bearbeiten, anstatt diese Kapazitäten in jeder Behörde dezentral vorzuhalten, ohne Effizienzpotenziale z.B. durch Skalierungseffekte zu heben. Zugleich sollte der schlankere Eigenbetrieb die zu bürokratische Senatskommission für das Personalwesen ablösen und im Gegensatz zu dieser kein Personalmanagement betreiben, sondern lediglich Unterstützer sein.

In den vergangenen Jahren hat die ursprüngliche Erfolgsgeschichte des zentralen Dienstleisters jedoch Risse erhalten. In vielen Bereichen werden einst schon zentralisierte Dienstleistungen wieder dezentralisiert und in die Ressorts zurückverlagert. In Bereichen wie der Beihilfesachbearbeitung sorgen lange Bearbeitungszeiten für Verunsicherung bei den Beschäftigten. Nicht zuletzt hat auch eine Prüfung des Rechnungshofs jüngst eklatante Missstände offengelegt. Nicht geltend gemachte Erstattungsansprüche von Aufwendungen für Mutterschaftsleistungen gegenüber den Krankenkassen haben demnach zu einem Millionenschaden für den Steuerzahler geführt.

Es erscheint dringend geboten, auch hier ein Schlaglicht auf einen – vermutlich wegen der internen Natur und der daher mangelnden medialen Verwertbarkeit – von der politischen Führungsspitze vernachlässigten Bereich zu werfen, der jedoch für das Funktionieren der Verwaltung von herausragender Bedeutung ist. Daher braucht es zunächst Sachaufklärung, die wiederum im besten Fall einen Austausch der politischen Führungsspitze mit ihren Beschäftigten über eine Verbesserung der Zustände anregen soll. Als eine solche Serviceleistung ist die folgende Anfrage zu verstehen.

Wir fragen den Senat:

1. Welche internen Dienstleistungen innerhalb des Verantwortungsbereichs des Senats sind grundsätzlich als behördenübergreifend standardisierbar einzuordnen? (Bitte einzeln auflisten)
2. Welche dieser internen Dienstleistungen wurden in jeder einzelnen Dienststelle seit 2015 jeweils jährlich von Performa Nord oder im Falle einer weiterhin dezentralen Bearbeitung von welcher einzelnen Behörde bearbeitet?
    a. Wie beurteilt der Senat die Entwicklung?
    b. Die Bearbeitung durch Performa Nord welcher internen Dienstleistungen wurden seit 2015 jeweils von welchen Dienststellen zu welchen Zeitpunkten und aus welchen Gründen gekündigt?
    c. Wie reagiert der Senat auf Kündigungen von Dienstleistungen gegenüber Performa Nord?
3. Wie beurteilt der Senat die Möglichkeit eines Anschlusszwangs bei Performa Nord für alle internen Dienstleistungen, die aus Sicht des Senats zentral bei Performa Nord bearbeitet werden sollten?
4. Welche Problemfelder sieht der Senat bei Performa Nord?
    a. Wie beurteilt der Senat die interne Personalentwicklung? Welche Potenziale zur Verbesserung sieht er beispielsweise in Fragen der Steigerung der Arbeitgeberattraktivität, der Entwicklungsmöglichkeiten insbesondere für Führungskräfte und der Verringerung der Fluktuation?
    b. Wie beurteilt der Senat die Kommunikation und die Zusammenarbeit zwischen Performa Nord und den Dienststellen? Welche Verbesserungspotenziale sieht er?
    c. Wie beurteilt der Senat die Attraktivität der Preisgestaltung von Performa Nord? Welche Handlungsnotwendigkeiten sieht er?
    d. Wie beurteilt der Senat die Qualität der Sachbearbeitung der Performa Nord? Welche Steuerungsmöglichkeiten sieht er und welche Verbesserungen setzt er um?
    e. Wie beurteilt der Senat den Stand der Arbeitsplatzausstattung und der Digitalisierung bei Performa Nord? Welche Potenziale für stärker digitalisierte Prozesse und für die Anwendung Künstlicher Intelligenz sieht er?
5. Was tut der Senat dafür, dass die Performa Nord generell attraktiver wird für alle Dienststellen?
6. Wie haben sich die durchschnittlichen Bearbeitungszahlen bei der zentralen Personalsachbearbeitung seit 2015 jeweils jährlich entwickelt?
    a. Welche Maßnahmen ergreift der Senat, um Verbesserungen bei der zentralen Personalsachbearbeitung herbeizuführen?

b. Welche Konsequenzen zieht der Senat aus der versäumten Erstattung der Aufwendungen für Mutterschaftsleistungen?
c. Wie kann die IPS (integrierte PersonalSachbearbeitung) aus Sicht des Senats für die Ressorts attraktiver werden?

7. Wie haben sich die durchschnittlichen Bearbeitungszeiten für Beihilfeanträge seit 2015 jeweils jährlich entwickelt?
   a. Inwiefern gab es zu welchen Zeitpunkten aus welchen Gründen einen Antragsstau?
   b. Welche Probleme gab es bei der Software?
8. Wie beurteilt der Senat die Zusammenarbeit zwischen Performa Nord und der zuständigen Fachaufsicht im Hause des Senators für Finanzen?

Marco Lübke, Jens Eckhoff, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU